

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Belfinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 51, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a. M., 15. März 1949.

Seite 1

Die Informationen von heute:

Aus der Union

Ab 5. März 1949 befindet sich die Landesgeschäftsstelle der CDU Braunschweig in Braunschweig, Am Damm 1. Telefon Braunschweig 3979.

Innenpolitik

Wie das Sekretariat der pfälzischen CDU mitteilt, steht der Partausschuß der Pfalz auf dem Standpunkt, daß der Sitz der Landesregierung bald von Koblenz nach Mainz verlegt werden sollte. Das wohlverstandene Interesse der Gesamtbevölkerung des Landes verlange diese Verlegung.

Kulturpolitik

Eine von der CDU und der Zentrumspartei des Kreises Meppen in Verbindung mit der katholischen und der evangelischen Kirche durchgeführte Einzeichnungsaktion für die Verankerung des Elternrechts im kommenden Staatsgrundgesetz ergab, daß in 29 von 74 Gemeinden die Erziehungsberechtigten sich zwischen 89 und 100 Prozent eingetragen haben. In Meppen folgten 90 Prozent aller Eltern dem Ruf zur Eintragung.

Personelles

Eine Gruppe führender deutscher Politiker, darunter der Fraktionsvorsitzende der CDU im Niedersächsischen Landtag, Oberkirchenrat Cillien, ist auf Einladung der Hansard-Gesellschaft in England eingetroffen, um sich über das Wesen des Parlamentarismus in Großbritannien zu informieren.

Aus den Parteien

Im Landkreis Düsseldorf-Mettmann ist nunmehr als zweite Ortsgruppe der Zentrumspartei, die der Stadt Ratingen, aus der Zentrumspartei ausgeschieden. Es wurde beschlossen, eine christlich-soziale Arbeitsgemeinschaft zu bilden, deren Ziel die Verständigung unter politisch Gleichgesinnten sei.

Sozialpolitik

Auf einer Versammlung der Münchener Betriebsräte sprach Anton Storch, der Direktor der Verwaltung für Arbeit, über die Notwendigkeit zur Neuordnung in der Sozialpolitik. Er sagte: "Wenn wir unsere Volkswirtschaft auf einer gesunden Basis aufbauen wollen, müssen wir dafür sorgen, daß der Arbeiter das Gefühl hat, daß ihm Gerechtigkeit zuteil wird".

Aus der UnionLandeskonzferenz der hessischen CDU
=====

Unter Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Werner Hilpert tagte in Korbach die Landeskonzferenz der hessischen CDU. Die Teilnehmer sprachen am Sonnabend und Sonntag in über 60 Versammlungen des Kreises Waldeck, wo am kommenden Sonntag die Nachwahl zum Kreistage stattfindet.

Von besonderer Bedeutung war die Stellungnahme der Konferenz zum Ostvertriebenen-Problem. Die organisatorische Einschaltung der Ostvertriebenen in die Instanzen der Partei wurde beschlossen. Minister Dr. Hilpert erklärte, er werde bei den kommenden Bundeswahlen keine Kandidatenliste unterschreiben, auf der nicht die Ostvertriebenen in ausreichender Anzahl vertreten seien.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine große Rede des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, Professor Dr. Ludwig Erhard. Nach einem eingehenden Rückblick auf die Wirtschaftsentwicklung seit der Währungsreform erklärte Professor Dr. Erhard, daß der Prozeß der Preissenkungen noch nicht abgeschlossen sei, und daß durch Kosteneinsparungen infolge besserer Kapazitäts-Ausnutzung und Leistungssteigerung die preissenkende Tendenz anhalten werde. Die Wirtschaft werde unter dem Druck des Absetzenmüssens bleiben, wobei jedoch der Druck auf die Preise nicht so stark werden dürfe, daß die Unternehmer-Initiative erlahme. Zur gegenwärtigen Wirtschaftslage erklärte Professor Erhard, es handle sich um keine Depression, sondern um einen Anpassungsprozeß der Preise an die Kosten und Löhne, um eine notwendige Reinigungskrise der Wirtschaft zur Herstellung der richtigen Dimensionierung zwischen Volkseinkommen und Güterproduktion. Eine echte Schrumpfung der gewerblichen Wirtschaft sei nicht zu verzeichnen. Er schloß mit einem starken Bekenntnis zur sozialen Verbundenheit der Wirtschaftspolitik.

Minister Dr. Hilpert gab eine Stellungnahme zum Fall Dietz, der von einem Teil der Presse zu einer Sensation gemacht worden sei. Die Mitteilung von Einzelheiten lehnte Minister Dr. Hilpert ab mit dem Hinweis auf den am Dienstag tagenden Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Jedoch erklärte er, wenn den Mitgliedern der Regierung auch nur der geringste Vorwurf gemacht werden könne, so seien insbesondere die CDU-Minister aus Gründen der Sauberkeit längst zurückgetreten, um die von ihnen vertretene Idee nicht zu belasten. Gegen einige Zeitungen sei Strafantrag gestellt worden. Das Verfahren vor dem Dekartellisierungs-Ausschuß sei kein echtes Gerichtsverfahren, sondern lediglich ein Verfahren, in dem der Verdacht einer strafbaren Handlung festgestellt werden soll. Weder Rechtsbeistände noch Entlastungszeugen für die Beschuldigten seien zugelassen. Die Presse müsse sich den Unterschied zwischen den Tatbeständen und der Kritik an den Tatbeständen besser klarmachen als bisher. Im übrigen sei Dietz von den Amerikanern, und nicht von deutschen Stellen seinerzeit in sein Amt eingesetzt worden. Von einer Vertrauenskrise der Hebeschen Regierung könne keine Rede sein. Minister Dr. Hilpert wehrte sich aber entschieden dagegen, im politischen Leben stehende Persönlichkeiten als vogelfrei zu betrachten.

Landwirtschaftsminister Lorberg bedauerte, daß der amerikanische Dekartellisierungsbeamte ihn trotz seines Angebotes nicht vorgeladen habe. Im übrigen könne die Haltung des Hessischen Kabinetts vor jeder Kritik bestehen.

Am zweiten Tag der Konferenz gab Minister Dr. Hilpert einen ausführlichen Bericht über die innenpolitischen Verhältnisse in Hessen unter besonderer Berücksichtigung der Finanzpolitik.

Berücksichtigung der Finanzpolitik.

Staatssekretär Dr. Walter Strauß berichtete über den Stand der Verfassungsberatungen in Bonn.

In einer ausgedehnten Aussprache brachten die Delegierten zahlreiche Themen aus dem Alltag zur Sprache und gaben den Abgeordneten und Ministern wertvolles Material für ihre Arbeit an die Hand.

Über allem: Treue zur Unions-Idee
 =====

Die CSU in Bayern hatte am 12. März in München eine Vorstandssitzung, die insofern eine gewisse Klärung der Lage brachte, als der Wille aller Beteiligten zur Erhaltung und Stärkung der Union zum Ausdruck kam. Die offiziellen Veröffentlichungen über die Vorstandssitzung wie über eine am folgenden Tag in Nürnberg durchgeführte Tagung von unionstreuen Mitgliedern der Partei zeigen eine erfreuliche Bestätigung der Tatsache, daß die CSU in Zeiten großer Spannungen über alle Meinungsverschiedenheiten in Einzel- und Personalfragen geschlossen zusammensteht. Die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit vielbesprochene Frage der Besetzung der Landesleitung wird, wie auf Grund der Satzungen nicht anders möglich, erst durch die nächste Landesversammlung entschieden werden können, deren Zeitpunkt weitgehend auch durch die Entwicklung der Bonner Verfassungsarbeiten bestimmt wird. Über die Nürnberger Tagung, an der sich bemerkenswert viele Abgeordnete des Parlamentarischen Rates, des Wirtschaftsrates und des Landtages sowie zahlreiche Funktionäre und in öffentlichen Ämtern stehende Mitglieder beteiligten, wurde am Sonntagabend das folgende Communiqué veröffentlicht, dem zu entnehmen ist, daß die Mitglieder der CSU, "des ewigen Streites müde" nunmehr gewillt sind, auch die Ursachen des Streites entschlossen zu beseitigen:

1. In Nürnberg tagten am 13.3.1949 Mitglieder der CSU aus allen Teilen Bayerns, darunter zahlreiche Mandatsträger.
2. Es herrschte volle Einmütigkeit, alle Kräfte der Union nicht nur zu erhalten, sondern für die Zukunft zu stärken. Alle damit zusammenhängenden Fragen sollen der Entscheidung der nächsten Landesversammlung vorbehalten bleiben.
3. Allseitige Anerkennung fand die Feststellung, daß die Arbeit der CSU-Regierung und ihr Einfluß auf die Frankfurter Wirtschaftspolitik wesentlich dazu beigetragen hat, den Weg zu besseren Lebensverhältnissen für breitesten Schichten des Volkes zu ebnen. Der Wille, mit Entschlossenheit an der Beseitigung der vorhandenen sozialen Nöte weiterzuarbeiten, war ein besonderes Anliegen dieser Tagung.
4. Nach einem eingehenden Bericht über die Bonner Verfassungsarbeit kam die Versammlung zu der Auffassung, daß im gegenwärtigen Stadium eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen werden kann.

=====
 Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr.64.
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.
 Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., III/49/600.
 Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
 =====